

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 22 / 01. 03. 2002

MIKROPARTIKEL - LUNGENKREBSRISIKO

Mikropartikel in der Luft erhöhen Lungenkrebs-Risiko
Sterblichkeitsrate mit Langzeit-Einwirkung von Passivrauchen zu vergleichen
<http://www.presetext.de/open.php?pte=0203060>
bzw.

Luftverschmutzung: Kleine Teilchen haben tödliche Folgen
Verschmutzte Atemluft ist einer Langzeitstudie zufolge ähnlich gefährlich wie Passivrauchen:
Winzige Ruß- und Staubteilchen erhöhen das Risiko, an Lungenkrebs oder Herzkrankheiten
zu sterben
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0.1518.druck-185744.00.html>

=====

MOBBINGLINE NRW:

zentrale Rufnummer 0180 3 100 113 Als weitere
Möglichkeit, Kontakt mit den Beratern aufzunehmen, hat die
Gemeinschaftsinitiative Gesünder Arbeiten www.gesuender-arbeiten.de daher
eine E-Mail-Adresse MobbingLineNRW@gesuender-arbeiten.de . Auf diesem Weg sind
ebenfalls Anfragen möglich.

=====

INITIATIVE LEBEN OHNE QUALM

7. 03.2002: Gestern startete die NRW-Landesinitiative "Leben ohne Qualm". Mit einem
Jugendwettbewerb "Pro Nichtraucher" sollen Jugendliche ermuntert werden, die Kampagne
gegen das Rauchen aktiv mitzugestalten. www.aerztezeitung.de

=====

ITALIEN

Umweltschutz ist kein Thema für junge Italiener
Jungen männlichen Italienern im Alter von 14 bis 21 Jahren ist die Umwelt schnurzegal. Dies
ist das Ergebnis einer Umfrage unter 2000 Personen. www.aerztezeitung.de

=====

BIOTECH

Südsee-Insulaner als Versuchskaninchen
Verbotene Biotech-Methode soll in Polynesien durchgeführt werden
<http://www.presetext.de/open.php?pte=020306008>

=====

UBA

Umweltbundesamt kritisiert fehlende Kapazitäten für Umweltmedizin
Die Forschungs- und Ausbildungskapazitäten für Hygiene und Umweltmedizin an den
deutschen Universitäten gehen in Deutschland stetig zurück: Von den 20 Instituten, in denen
bis vor zehn Jahren hauptamtlich Fragen der Hygiene und Umweltmedizin erforscht und
Fachleute ausgebildet wurden, sind heute noch zwölf übrig geblieben. Dies sei eine Besorgnis
erregende Entwicklung, teilte das Umweltbundesamt (UBA) heute mit.

An traditionsreichen Universitäten wie Tübingen, Frankfurt, Jena und Kiel sei der Erhalt der

Institute für Hygiene, Umweltmedizin und Öffentliche Gesundheit nicht mehr gesichert. In Bayern, Sachsen und im Saarland gebe es mittlerweile keine eigenständigen Institute mehr für diese Themenbereiche.

Viele der am UBA angesiedelten Beratungs- und Entscheidungsgremien sind auf die Mitarbeit von Fachleuten aus den Universitäten angewiesen, auch wenn es darum geht, deutsche Positionen auf internationaler Ebene zu vertreten. Das UBA könne den Forschungsbedarf auf dem Gebiet der Umwelthygiene nur zu einem geringen Teil selbst decken, heißt es in der Pressemitteilung. Es investiere daher in die Forschung: Im Umweltforschungsplan werden jährlich Forschungsprojekte in Millionenhöhe an externe Einrichtungen, besonders an Universitäten, vergeben. Ein weiterer Abbau der vorhandenen Einrichtungen behindere nicht nur die Arbeit des UBA, sondern stelle auch den deutschen Beitrag in der Umwelt- und Gesundheitsforschung international in Frage.

Dabei gebe es zahlreiche neue Herausforderungen in der Umweltmedizin: Lärm, elektromagnetische Strahlung und neue Chemikalien. „Wir haben es mit einer erneuten Ausbreitung von Krankheitserregern im Rahmen der Globalisierung und veränderter Umweltbedingungen zu tun“, erklärte die Behörde. Es sei außerdem unbedingt erforderlich, die Umwelt- und Gesundheitsschutz-Regelungen infolge der europäischen Einigung anzugleichen.

=====

EU

EU-Kommission will Verkauf kanzerogener Chemikalien verbieten

Die EU-Kommission will 43 hochgefährliche Chemikalien aus dem Verkehr ziehen. Nach einem Vorschlag der Brüsseler Behörde vom Mittwoch handelt es sich dabei um Stoffe, die in Spezialfarben, Druckfarben, Lacken und Klebstoffen vorkommen und kanzerogen sind, mutagen wirken oder die Fortpflanzung gefährden können. Nach den Plänen sollen diese Chemikalien beziehungsweise aus ihnen hergestellte Produkte vom 1. April 2003 an nicht mehr an Privatverbraucher verkauft werden.

Die Mehrheit der Hersteller habe den Verkauf dieser Stoffe oder aus ihnen hergestellte Produkte an die breite Öffentlichkeit bereits eingestellt, hieß es in Brüssel. Gewerbliche Verbraucher, die eine sichere Verwendung dieser Chemikalien gewährleisten können, sollen von dem Verbot ausgenommen werden. Zu den Stoffen zählen etwa Furan, Benzylchlorid oder Natriumchromat.

„Für die Kommission hat die Angleichung der Vorschriften über chemische Stoffe bei gleichzeitiger Gewährleistung des Gesundheitsschutzes für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert“, sagte EU-Unternehmenskommissar Erkki Liikanen. Durch den neuen Vorschlag werden nach seinen Worten die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft über chemische Stoffe an den neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse angeglichen.

Die EU hatte erstmals 1994 eine Beschränkung für derartige Substanzen eingeführt und seitdem fortlaufend aktualisiert.

www.aerztezeitung.de

=====

BUCH

Neuerscheinung 2002: Ratgeber zur (Muster)- Berufsordnung der Deutschen Ärztinnen und Ärzte

Durch die Novelle der Musterberufsordnung sind viele Dinge anders geworden, die jahrelang felsenfest geregelt waren. Der jetzt vorliegende Kommentar bringt dem Arzt wieder Überblick in der neuen Situation. Dieses Buch ist weit mehr als ein trockener juristischer Leitfaden. So wie ein Arzt viel aus Kasuistiken lernt, ist auch das Buch von Jörg Hohmann mit einer Vielzahl von Fallbeispielen gespickt, die sich mit dem täglichen Leben des Arztes befassen und so eine Vielzahl praktischer Hinweise geben können, ohne durch lange juristische Analysen zu langweilen. Mehr dazu: <http://www.facharzt.de/ratgeber.html>

BRATPFANNEN

Beschichtung von Bratpfannen setzt Schadstoffe frei

(vera) In Pfannen, die mit fluorinierten Polymeren beschichtet sind, klebt zwar kaum etwas an. Doch ob sie tatsächlich vollkommen ungefährlich für Menschen und andere Lebewesen sind - daran haben kanadische Wissenschaftler Zweifel angemeldet. Bei der Verwendung entsprechend beschichteter Produkte werde ein Cocktail chemischer Substanzen freigesetzt, die teilweise Jahr- zehnte brauchen, bis sie abgebaut sind. Mehrere fluorinierte Polymere werden inzwischen in Backöfen, in verschiedenen Kochutensilien und in Verbrennungsmotoren verwendet.

Weiter unter <http://VerbraucherNews.de/0000011365.html>

DUFTSTOFFALLERGIE

Neue Therapie wird untersucht

Die Universitätsklinik Münster untersucht derzeit eine neue Therapie gegen Duftstoffallergien. Es soll die Wirkung einer hormonhaltigen Creme erprobt werden, die nach Angaben der Uniklinik die Beschwerden lindern oder sogar die Entstehung des Kontaktekzems verhindern kann.

Häufig enthalten Shampoos oder Putzmittel Duftstoffe, die allergische Reaktionen wie Ekzeme und Juckreiz auslösen. „Die Duftstoffallergie ist bislang einer Therapie oftmals nur schwer zugänglich“, sagte Projektleiterin Anita Rütter heute. Die Behandlung erfolge derzeit in der Regel mit kortisonhaltigen Salben, was jedoch oft zu Nebenwirkungen und Schäden der Haut führe. Die neue Therapie werde nun im Rahmen einer klinischen Studie an der Hautklinik untersucht.

Für dieses Vorhaben sucht die Hautklinik noch Teilnehmer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren, bei denen bereits eine Kontaktallergie auf Duftstoffe nachgewiesen wurde. Dabei sollte die Diagnose nicht länger als zwei Jahre zurückliegen und in einem Allergiepass dokumentiert sein. Von der Studie ausgenommen sind Schwangere und Stillende.

(Kommentar Scherrmann:

Ist schon immer wieder interessant zu lesen,

- a) dass die inhalativen Wirkungen von Duftstoffen nicht berücksichtigt werden,
 - b) dass nicht daran gearbeitet wird, wie Duftstoffe zu vermeiden sind,
 - c) wie Rahmenbedingungen geschaffen werden können, dass das Problem nicht ausfunkt,
 - d) dass nicht untersucht wird, warum die Menschen auf die Duftstoffe reagieren,
 - e) dass das schon vorhandene Wissen über die Schädlichkeit einzelner Substanzen in Duftstoffen nicht einbezogen wird, sondern gleich wieder einer Therapie nachgejagt wird.)
-

PFLANZLICHE DUFTÖLE

bgv - Pressedienst

Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin

07/2002, 1. März 2002

Die Dosis macht das Gift - auch pflanzliche Duftstoffe sind nicht immer harmlos

Die Natur verfügt über eine große Auswahl an flüchtigen Pflanzenduftstoffen, den sogenannten ätherischen Ölen, die sich durch einen besonders intensiven und starken Geruch auszeichnen. In einem Kiefernwald etwa reichen geringste Mengen pro Kubikmeter Luft des ätherischen Terpinenols aus, um den charakteristischen, würzigen Duft zu verbreiten. Kein Wunder also, dass der Mensch mit diesen Aromastoffen eine gesunde und heilende Wirkung assoziiert, aber nur selten ein Risiko. Denn obwohl die ätherischen Öle z.B. bei Erkältungen und grippalen Infekten als wohltuend und symptomlindernd empfunden werden, macht auch bei ihnen die Dosis das Gift. Das zeigen schwere Vergiftungsfälle bei Kindern, die immer wieder durch - zumeist falsch

angewendete - ätherische Öle verursacht werden. Das BgVV appelliert deshalb dringend an Eltern, pflanzliche Duftstoffe bei Kindern mit großer Vorsicht und nur entsprechend ihrer Zweckbestimmung anzuwenden.

Ätherische Öle zeichnen sich besonders durch ihre toxischen Wirkungen auf das zentrale Nervensystem, die Nieren und die Atemwege aus. Hinsichtlich ihrer Wirkungsstärke auf den Menschen bestehen erhebliche Unterschiede. Sehr giftig sind z.B. Kampher, Eukalyptus- (Cineol) und Pfefferminzöl (Menthol). Etwas weniger giftig sind Terpentinöl, Orangen-/Zitronenschalen-, Teebaum- und Nelkenöl. Relativ ungefährlich sind kosmetische Produkte wie Parfüms, Cremes, Seifen usw., bei denen der Anteil an ätherischen Öle meist gering ist und im Hinblick auf Vergiftungen vernachlässigt werden kann.

Vorsicht ist dagegen geboten bei Produkten, die hohe Anteile an stark giftigen ätherischen Ölen enthalten. Dies sind z.B. Chinaöle, wärmende Einreibungen oder Balsame, durchblutungsfördernde Sportsalben, spezielle Badeöle oder Erkältungsbäder, Duftöle zur Raumluftverbesserung oder zur Aromatherapie und auch verschiedene Verdünner auf Citrusbasis, z.B. für Biolacke. Werden diese Produkte versehentlich eingenommen, kann es zu schweren Vergiftungen kommen. Bei Säuglingen und Kleinkindern können schon wenige, versehentlich in den Nasen-Rachenraum gelangte Tropfen der ätherischen Öle Verkrampfungen des Kehlkopfs auslösen und zu Atemstörungen führen. Die Erfahrungen aus den ärztlichen Mitteilungen bei Vergiftungen und den deutschen Giftinformationszentren zeigen erfreulicherweise, dass diese schweren Vergiftungen sehr selten sind.

In der überwiegenden Zahl der Fälle kommt es als Folge der unbeabsichtigten Aufnahme von ätherischen Ölen "nur" zu Haut- und Mundrötungen, Bauchschmerzen, evtl. auch Übelkeit und Erbrechen. Sehr selten gibt es kurzdauernde Symptome wie Müdigkeit, Unruhe, Zittern und Bewegungsstörungen. Unabhängig davon, ob es sich um leichte oder schwere Vergiftungen handelt, sollten alle Warnzeichen ernst genommen und ein Giftinformationszentrum konsultiert werden.

Eine aktuelle Liste der Zentren (PDF-Datei) sowie eine Abbildung ätherischer Öle (JPG-Format) finden Sie auf unserer Homepage unter <http://www.bgvv.de/presse/2002/>

=====

HEUTE IM BUNDESTAG PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin:Mi, 06.03.

Gesundheit/Gesetzentwurf

CDU/CSU FORDERT MEHR QUALIFIZIERTES PFLEGEPERSONAL IN ALTENHEIMEN

Berlin: (hib/STT) Da in Einrichtungen der Altenhilfe der Anteil an Pflegeplätzen immer weiter steige und damit der Arbeitsaufwand für die Pflegekräfte größer werde, ist es nach Auffassung der CDU/CSU dringend erforderlich, ausreichend Personal mit entsprechenden Qualifikationen zur Verfügung zu stellen. Dies schreibt die Fraktion in einem Gesetzentwurf (14/8364).

Obwohl im Zeitraum von 1996 bis 2001 die Verbraucherpreise um etwa acht Prozent und die Arbeitskosten um knapp zehn Prozent gestiegen seien, hätten sich die Leistungen der Pflegeversicherung nicht erhöht. Dadurch sei die Gefahr sehr groß, dass sich der Personalzustand und damit die Qualität der Pflege verschlechterten. Die Fraktion fordert in ihrem Gesetzentwurf, dass die Pflegekassen vom 1. Juli 2002 bis einschließlich 2004 je Pflegebedürftigem der Pflegestufen 2 und 3 monatlich einen Betrag von 102 Euro und für jeden Pflegebedürftigen, der als Härtefall anerkannt ist, monatlich 204 Euro an die Pflegeheime zahlen. Dadurch könnten bundesweit rund 10.000 neue Pflegekräfte eingestellt werden. Die voraussichtlichen Mehrausgaben für die Pflegekassen beliefen sich jährlich auf 394 Millionen Euro, was aber gemessen am Gesamtvolumen nur eine geringe Bedeutung habe. Deshalb müsse auch nicht mit Auswirkungen auf den Beitragssatz der Pflegeversicherung gerechnet werden, so die CDU/CSU. Zudem sei bis Ende 2004 von

Bundestag und Bundesrat zu überprüfen, ob eine weitere Erhöhung der Pflegeversicherungsleistungen notwendig ist.

Arbeit und Soziales/Gesetzentwurf

CDU/CSU WILL SOZIALE LEISTUNGEN AN BESCHÄFTIGUNG BINDEN

Berlin: (hib/STT) Soziale Leistungen sollen an Beschäftigung sowie Aus- und Weiterbildung gebunden werden, um so Anreize für die Aufnahme einer Arbeit zu schaffen. Dies fordert die Fraktion der CDU/CSU in einem Gesetzentwurf (14/8365).

Das so genannte Offensiv-Gesetz ("Optimal fördern und fordern - engagierter Service in Vermittlungsagenturen") fasse die Betreuung, Qualifizierung, Vermittlung und Leistungsgewährung in zentralen Vermittlungsagenturen zusammen. So könne die Eigeninitiative von Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern gefördert und der Vorrang von Arbeit vor Sozialleistungen ohne Gegenleistung normiert werden.

Arbeitslosenhilfeempfänger sollen wie Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet und die Meldekontrolle wieder eingeführt werden, so die CDU/CSU. Gerade der Niedriglohnsektor solle mit Kombilöhnen gefördert werden, um diesen stärker als bisher für Hilfeempfänger zu öffnen und latent vorhandene Arbeitsplätze zu erschließen.

Die Gesetzesinitiative solle das Zusammenwirken von aktiver Arbeitsmarktförderung und Beschäftigungspolitik optimieren, so die Fraktion.

Menschenrechte und Humanitäre Hilfe/Antrag

"JEDES POLITISCHE HANDELN MUß SICH AN DEN MENSCHENRECHTEN ORIENTIEREN"

Berlin: (hib/STT) Der Orientierungsrahmen allen politischen Handelns müssen die Menschenrechte sein, heißt es in einem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (14/8376) zu der in diesem Jahr stattfindenden 58. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UNO) in Genf.

Achtung und Schutz der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sei die beste Krisenprävention. Die Fraktionen fordern in ihrem Antrag, die Bundesregierung solle bei der UNO-Tagung betonen, dass im Kampf gegen den Terrorismus menschenrechtliche Standards einzuhalten seien.

Auch in besonders angespannten Zeiten müssten Menschenrechte sowohl rechtsstaatliche Normen als auch Maßnahmen zur inneren Sicherheit entscheidend mitprägen. Zudem solle bei anderen Staaten für die Umsetzung des UNO-Paketes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte geworben werden.

Im Antrag wird die Regierung darüber hinaus dazu aufgefordert, sich für eine Umsetzung der bei der Weltkonferenz in Durban (Südafrika) im September 2001 beschlossenen Maßnahmen gegen Rassismus einzusetzen. Auch Ausfuhr, Handel und Nutzung von Folterwerkzeugen sollten geächtet und geeignete Kontrollmechanismen etabliert werden.

Die gemeinsame EU-Politik gegen die Todesstrafe solle mit dem erneuten Einbringen einer Resolution zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe fortgesetzt werden. Zudem verlangen die Fraktionen, dass Kenntnisse und Empfehlungen von Nichtregierungsorganisationen ernst genommen und konstruktiv bewertet werden.

Im Rahmen der UNO-Menschenrechtskommission solle vor allem auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Ländern wie Tschetschenien, China, Türkei, Indonesien und der Region des Nahen Ostens eingewirkt werden, so die Antragsteller.

Gesundheit/Kleine Anfrage

BEHINDERTE UND CHRONISCH KRANKE AUCH WEITERHIN MIT HILFSMITTELN VERSORGEN

Berlin: (hib/STT) Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten sollen ausreichend beraten, motiviert, therapiert und versorgt werden. Dazu gehöre neben der ärztlichen Tätigkeit und den physiotherapeutischen Maßnahmen vor allem die Hilfsmittelversorgung, so die Fraktion der PDS in einer Kleinen Anfrage (14/8398).

Zur Zeit prüften die Krankenkassen unter dem Vorwand des Kostendrucks auch die Hilfsmittelverordnungen besonders intensiv. Die Kostenübernahme zum Beispiel für Inkontinenz-Artikel werde immer häufiger mit dem Hinweis verweigert, dass diese Hilfsmittel den Charakter von Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens hätten.

Die PDS möchte wissen, ob die von den Krankenkassen praktizierte "restriktive Verordnungspraxis" im Sinne der Bundesregierung ist. Des Weiteren interessiert die Fraktion, wie die Regierung die Praxis einiger Krankenkassen bewertet, die Wertmittelgrenze außer

Kraft zu setzen und eine Genehmigungspflicht für Hilfsmittel einzuführen.
Auch fragt die Fraktion, ob die Bundesregierung gesetzliche oder andere Maßnahmen für erforderlich hält, um das Kriterium der Teilhabe-Förderung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten zu gewährleisten.

Ausschuss für Tourismus

"REISEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN" THEMA EINER ANHÖRUNG

Berlin: (hib/VOM) Zum Thema "Reisen für behinderte Menschen" veranstaltet der Ausschuss für Tourismus eine öffentliche Anhörung am Montag, dem 18. März. Geladen sind sieben Sachverständige, die das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln beleuchten werden.

Die Anhörung beginnt um 15 Uhr im Saal 9 des Internationalen Congress-Centrums (ICC) im Rahmen der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin.

Verbraucherschutz/Antrag

FDP WILL DIE PFLANZENSCHUTZPOLITIK NEU AUSRICHTEN

Berlin: (hib/VOM) Eine Neuausrichtung der Pflanzenschutzpolitik an wissenschaftlichen und "nicht an ideologischen Kriterien" verlangt die FDP-Fraktion. In einem Antrag (14/8430) wird die Bundesregierung aufgefordert, an der weiteren Harmonisierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in der EU "trotz der so genannten Agrarwende in Deutschland" festzuhalten.

Auf EU-Ebene solle sie dafür eintreten, dass die Harmonisierung der Zulassung von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen erst 2008 statt bereits 2003 endet. Um den heimischen Anbau von Obst und Gemüse, Arznei- und Gewürzpflanzen sowie von Zierpflanzen sicherzustellen, müsse gewährleistet sein, dass Pflanzenschutzmittel für diese Kulturen verfügbar sind. Die neuen Abstandsregelungen für Pflanzenschutzmittel zu Hecken, Feldgehölzen, Säumen, Gräben und anderen Strukturelementen in der Landwirtschaft seien zu korrigieren und "praxistauglich" zu gestalten.

Aufgeben soll die Regierung die geplante Aufteilung zwischen Bewertungs- und Managementfunktion für den Zulassungsbereich von Pflanzenschutzmitteln, weil damit gravierende Nachteile für Industrie und Landwirtschaft verbunden seien. Das "De-Facto-Moratorium" für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen will die Fraktion aufgelöst wissen.

Damit solle die Nutzung dieser "innovativen Techniken" im Pflanzenschutz ermöglicht werden. Zur Begründung heißt es, in Deutschland habe eine bürokratische Auslegung der Zulassungskriterien in Kombination mit einer ideologisch geprägten Pflanzenschutzpolitik die Verfügbarkeit zugelassener Pflanzenschutzmittel vor allem für die Kleinkulturen eingeschränkt.

Besonders der Obst- und Gemüsebau, der Anbau von Arznei- und Gewürzpflanzen sowie von Zierpflanzen stehe vor existenziellen Problemen. Sofern von Pflanzenschutzmitteln eine Gefahr für die Verbraucher ausgehe, müssten sie in allen EU-Mitgliedstaaten verboten werden.

Gehen aber keine unvermeidbaren Risiken von ihnen aus, sei es nicht hinnehmbar, dass zwar Obst und Gemüse in Deutschland verkauft werden kann, das im Ausland mit in Deutschland verbotenen Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, während den heimischen Produzenten diese Mittel vorenthalten würden.

Gesundheit/Gesetzentwurf

REGIERUNG WILL GESETZ ZUR ÜBERWACHUNG VON CHEMISCHEN ERZEUGNISSEN ÄNDERN

Berlin: (hib/RAB) Das 1995 in Kraft getretene Grundstoffüberwachungsgesetz soll geändert werden. Dies sieht ein von der Bundesregierung eingebrachter Gesetzentwurf (14/8387) vor. Dieses Gesetz regelt die Kontrolle und Überwachung von chemischen Erzeugnissen, also Grundstoffen, die auch für die illegale Herstellung von Betäubungsmitteln missbraucht werden können.

Nach Auffassung der Regierung hat sich nach Inkrafttreten des Gesetzes in der Praxis gezeigt, dass einzelne Regelungen vereinfacht werden könnten. Im Bereich des Arzneimittelverkehrs gebe es Kontrollinstrumente, die auch für die Überwachung der Grundstoffe genutzt werden könnten. Auch seien aus Sicht der Überwachungsbehörden eine Reihe von Klarstellungen erforderlich.

Des Weiteren werden die Vorschriften für die Straf- und Bußgeldtatbestände des Gesetzes konkretisiert. Eine entsprechende Rechtsverordnung kündigt die Regierung für den Zeitpunkt

nach dem Inkrafttreten des Gesetzes an. Die Länderkammer fordert die Regierung in ihrer Stellungnahme auf, die Zuständigkeit von einzelnen Behörden zu präzisieren. Dieser Aufforderung kommt die Regierung in ihrer Gegenäußerung nach.

Verbraucherschutz/Kleine Anfrage

ZUKUNFT DER BIOTECHNIK IN DEUTSCHLAND BEURTEILEN

Berlin: (hib/VOM) Die Zukunft der Biotechnik in Deutschland hat die CDU/CSU-Fraktion zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage (14/8416) gemacht. Sie will unter anderem wissen, wie die Regierung auf die Aufforderung der EU-Kommission reagieren will, in der Biotechnologie eine Führungsrolle zu übernehmen.

Auch nach den Auswirkungen des "De-Facto-Moratoriums" der so genannten grünen Gentechnik in Deutschland auf die Position Europas in der Biotechnologie fragen die Abgeordneten.

Sie erkundigen sich ferner, ob Forschungs- und andere Vorhaben in der grünen Gentechnik geplant sind und wie die Regierung die Ankündigung kleinerer und mittlerer Pflanzenzuchtunternehmen beurteilt, in Deutschland keine gentechnisch veränderten Sorten mehr zu entwickeln und Forschungsarbeiten in das Ausland zu verlagern.

Ebenso soll die Regierung diejenigen gentechnisch veränderten Organismen beurteilen, die eine umfangreiche Sicherheitsbewertung mit der Genehmigung auf Freisetzung durchlaufen haben.

Sie soll zudem sagen, welche Auswirkungen ein Schwellenwert unter einem Prozent für Saatgut und für nach EU-Recht nicht zugelassene Genkonstrukte für die Entwicklung und den Anbau von gentechnisch veränderten Produkten und den Handel damit haben kann.

Schließlich erkundigt sich die Fraktion danach, ob die Regierung auf EU-Ebene bereits Verhandlungen geführt hat, um ein Kennzeichnungsverfahren nach dem Motto "Frei von gentechnisch veränderten Organismen" zu erreichen.

Umwelt/Kleine Anfrage

ÜBER ANGABEN BEIM "ÖKO-LABEL" FÜR HANDYS INFORMIEREN

Berlin: (hib/WOL) Nach einem Ökolabel für Handys erkundigt sich die FDP in einer Kleinen Anfrage (14/8308).

Die Fraktion will wissen, welche Grenzwerte für Handys in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern mit vergleichbar hoher Handydichte gelten, ob die tatsächliche Strahlungsbelastung gebrauchtsabhängig variiert und ob das Bundesumweltministerium ein nationales Gütesiegel beabsichtigt oder den Prozess für die Entwicklung eines europäischen Gütesiegels anstoßen will.

Dabei fragen die Liberalen auch, ob es gesellschaftlich gesicherte Hinweise gebe, dass bei den derzeit geltenden Grenzwerten Gesundheitsgefahren von Handys ausgehen.

Umwelt/Kleine Anfrage

Gesundheit/Kleine Anfrage

EINMALZAHLUNG DER PHARMAINDUSTRIE INTERESSIERT DIE CDU/CSU

Berlin: (hib/RAB) Eine Einmalzahlung der Pharmaindustrie an die gesetzlichen Krankenversicherungen in Höhe von 400 Millionen DM interessiert die CDU/CSU in einer Kleinen Anfrage (14/8438). Im Arzneimittelausgaben-Begrenzungsgesetz sei zunächst ein Preisabschlag in Höhe von vier Prozent bei verschreibungspflichtigen und nicht festbetragsgeregelten Medikamenten vorgesehen gewesen.

Dieser sei gestrichen worden, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder die Einmalzahlung mit den Beteiligten ausgehandelt habe. Unter anderem interessiert die Fraktion, ob der mit der Pharmaindustrie ausgehandelte Finanzbeitrag eine "Abgabe" im Rechtssinne ist und wie er in die Rechts- und Verfassungsordnung einzuordnen sei.

Weiter geht es darum, in welcher Höhe die Einmalzahlung zu Steuermindereinnahmen bei Bund und Ländern führt und warum die Regierung den Beitrag nicht gesetzlich geregelt hat.

Arbeit und Soziales/Kleine Anfrage

FÖRDERUNG VON SCHWERBEHINDERTEN BEI REFORM DER BUNDESANSTALT ERLÄUTERN

Berlin: (hib/SAS) Die umfassende berufliche Förderung und Integration von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Schwerbehinderten, steht anlässlich der Reform der Bundesanstalt für Arbeit im Vordergrund einer Kleinen Anfrage der PDS-Fraktion (14/8397). Die Bundesregierung soll darstellen, inwieweit sie berufliche Förderung und Integration von

Schwerbehinderten als einen Schwerpunkt im Reformprozess der Bundesanstalt einplant und wie sie durch Maßnahmen und Schritte die Leistungen zu Gunsten von den betroffenen Schwerbehinderten verbessern möchte.

Des Weiteren soll sie dazu Stellung nehmen, in welchem Umfang sie Aufgaben der beruflichen Förderung und Integration von Schwerbehinderten an private Vermittlungsfirmen zu übertragen beabsichtigt und wie sie dabei die besonderen Schutzinteressen von Schwerbehinderten zu sichern plant.

Die Fraktion bezieht sich in ihrer Anfrage auf einen von der Bundesregierung im Februar bekannt gegebenen "Zweistufenplan für kunden- und wettbewerbsorientierte Dienstleistungen am Arbeitsmarkt". Dieser lässt nach Darstellung der Abgeordneten eine verstärkte Übertragung von Aufgaben an die private Arbeitsvermittlung erwarten.

=====

Ende des newsletter/d/22

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt